

rechnungen bezücht, Umzugskosten vergütet, an Weihnachtsgeschenken für jedes Kind 20 Mk. ausgegeben. Kurz, es wurde in keiner Weise gekargt. Bisher haben 19 424 Mk. so verausgabt. Jetzt verlassen die Verurtheilten nach und nach das Zuchthaus und es ist die Frage, was mit dem noch vorhandenen Geld geschehen soll. Soll es unter die Verurtheilten aufgetheilt werden? Wir haben mit den westfälischen Genossen, die den Fonds verwalten, in voller Einmütigkeit beschlossen, daß außer den Unterstützungsgeldern jedem der Verurtheilten, der das Zuchthaus verläßt, eine Extra-Unterstützung von 500—800 Mk. gewährt werde, damit sie ihre Gesundheit wiederherstellen können. Es soll dann Jeder, je nach den besonderen Verhältnissen, bis zu 3000 Mk. erhalten, um sich eine neue Existenz gründen zu können. Wird in dieser Weise verfahren, so dürften unter Berücksichtigung weiterer, kleinerer Ausgaben, die sich heute noch nicht voraussuchen lassen, von den gesammelten Geldern zwischen 15 und 20 000 Mk. übrig bleiben. Dieser Fonds soll die Zukunft der Verurtheilten sichern, denn es würde doch keinen besonders guten Eindruck machen, wenn man nach einigen Jahren hörte, daß sich dieser oder jener der Verurtheilten wieder in unglücklicher Lage befindet; aus diesem Grunde soll das Geld in dieser Form als Rückhalt dienen, insbesondere, da wir heute noch nicht sagen können, welche Folgen der Zuchthausaufenthalt für den Einzelnen gehabt hat. Des Weiteren soll das Geld noch als Fonds dienen für andere unschuldig und hart Verurtheilte, an denen auch in Zukunft und besonders, wenn die Zuchthausvorklage Gesetz geworden ist, kein Mangel sein wird. (Sehr gut.) Es ist aber von einem der Betheiligten, die das Zuchthaus verlassen haben, gegen diese Art der Eintheilung Einspruch erhoben worden. Er hat eine Vertheilung gefordert, die so ziemlich der Auftheilung gleich komme. Es wäre uns angenehm, wenn die Genossen uns ihre Meinung auch darüber kundgeben, wie in dieser Angelegenheit am besten verfahren werden kann. (Beifall.)

#### Den Bericht der Kontrolleure erstattet

Meister: Unser Bericht ist auch in diesem Jahre sehr kurz, gewiß ein erfreuliches Zeichen! Die Parteikasse wurde bei jeder Revision in musterhafter Ordnung gefunden. Wir haben auch das Zentralorgan regelmäßig revidirt und auch da eine musterhafte Ordnung gefunden. Auf Ersuchen der Buchhandlung Vorwärts haben wir, was ja eigentlich nicht zu unserer Kompetenz gehört, auch diese einer Revision unterworfen, und auch dort war Alles in Ordnung. Die Redaktionsbibliothek des „Vorwärts“, die sich nach unserer Ansicht nicht in den wünschenswerthen Verhältnissen befand, haben wir besser umgestaltet, so daß jetzt wohl das Wünschenswerthe erreicht ist. Da seitens der Berliner Genossen über das Annoncenwesen hier und da Klage geführt wurde, haben wir auch die Expedition des „Vorwärts“ revidirt und auch da zu Ausstellungen keinen Anlaß gehabt.

Beschwerden sind eingegangen zunächst seitens der Genossen in Bochum und Essen über Lütgenau. Die Kontrolleure konnten den Beschwerdeführern nicht ganz Recht geben, aber ein klein wenig mußte die Beschwerde als berechtigt anerkannt werden. Lütgenau befand sich damals gerade im Gefängnis, wir haben ihm später Mitteilung gemacht, daß er sich in gewisser Beziehung im Unrecht befand. Wir dürfen wohl annehmen, daß die Bochumer eingesehen haben, daß Alles, was möglich war, geschehen ist und daß wir nicht weiter eingreifen konnten. Auch die Solinger Angelegenheit, die ja auf allen Parteitagen eine Rolle gespielt hat, hat sofort nach Schluß des vorigen Parteitages zu unheillichen Verhältnissen geführt. Der Partei-Vorstand war nach seiner Ansicht nicht in der Lage, den Beschluß des Parteitages genau nach dem Wortlaut zur Ausführung zu bringen. Ein Theil der Genossen, die auf Seiten Schumachers standen, führten über den Vorstand Beschwerde bei den Kontrolleuren. Wir haben die Sache eingehend, namentlich nach der Seite hin geprüft,

ob es dem Vorstand möglich und der Partei nützlich gewesen sein würde, angeichts der Situation dem Wortlaut des Beschlusses Rechnung zu tragen. Wir sind einstimmig zu der Ansicht gelangt und haben dies den Beschwerdeführern klar zu machen versucht, daß der Vorstand, wenn anders er die Partei nicht schädigen wollte, nicht anders handeln konnte, als er gehandelt hat, die Antwort war von sämmtlichen Kontrolleuren unterschrieben.

Ähnlich wie in Solingen scheinen sich, wenn es so weiter geht, die Verhältnisse in Braunschweig zu gestalten. Eine gewisse Richtung in Braunschweig hat es für nothwendig erachtet, aus der bestehenden Organisation auszutreten. Die Ursachen sind persönlicher Natur, so weit wir unterrichtet sind. Die Betreffenden haben sich an die Kontrolleure gewandt, damit Remedur geschaffen wird. Wir waren aber nicht in der Lage, den Wünschen der Beschwerdeführer Rechnung zu tragen. Der Beschluß der Kontrolleure ist ja veröffentlicht worden. Die Beschwerde ging namentlich dahin, daß die Abhebung der Vertrauensmänner nicht in einer Parteiversammlung geschehen ist, sondern in einer öffentlichen Volksversammlung, wo jede Kontrolle über die Parteizugehörigkeit ausgeschlossen war. Es soll eine künstlich zusammengetrommelte Versammlung gewesen sein. Wir haben uns aber überzeugt, daß auch die früheren Vertrauensleute in eben solchen Versammlungen gewählt waren und daß es in Braunschweig Sitte ist, die Wahlen in derartigen Versammlungen vorzunehmen. Das war ein Hauptgrund, weshalb wir die Beschwerde zurückgewiesen haben. Der Parteitag wird sich leider noch selbst mit dieser Frage zu beschäftigen haben und ich kann Ihnen nur empfehlen, daß Sie, wenn Sie nun einmal die Frage prüfen, sie so eingehend prüfen, daß wir uns in Zukunft nicht mehr damit zu beschäftigen haben.

Eine weitere Beschwerde gegen den Vorstand ist eingegangen aus Eschwege; die Genossen wollten Geld haben zur Wahl, aber nach Ansicht des Vorstandes und auch der Kontrolleure hatten sie reichlich bekommen. Der Vorstand glaubte seine Schuldigkeit gethan zu haben, und gab den Eschweger die Lehre, künftig etwas haushälterischer mit den Geldern umzugehen. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Dann hat der Genosse Moos, der vor Jahren durch ein Leipziger Schiedsgericht der Aemter in der Partei verlustig erklärt war, gebeten, die Kontrolleure möchten seine Rehabilitation veranlassen. Wir haben dem Vorstand die Bitte unterbreitet, bei den Leipziger Genossen die nöthigen Schritte zu veranlassen, damit dem Wunsche des Betreffenden Rechnung getragen wird. Das ist inzwischen geschehen und ich bin beauftragt, im Namen der Kontrolleure die Leipziger zu bitten, den Wunsch zu erfüllen. Thatsächlich ist der Genosse ja längst rehabilitirt, er hat bei den letzten Wahlen gewirkt und vollauf seine Schuldigkeit gethan. Er ist gegenwärtig in Berlin und thut auch da seine Schuldigkeit.

In letzter Stunde sind dann noch zwei Beschwerden an uns gelangt, eine von Hülle, der sich durch Auer beleidigt fühlt. Auer hat, als es sich darum handelte, die Stelle am „Braunschweiger Volksfreund“ zu befehen, als Parteisekretär ein Telegramm nach Braunschweig geschickt mit den Worten: „Vorsicht, Weiber und Geld.“ (Weiterkeit.) Die Kontrolleure haben heute Morgen Sitzung gehabt und einstimmig den Beschluß gefaßt, daß es nach Prüfung der Sache nothwendig war, daß der Partei-Vorstand eingriff. (Sehr richtig.) Der Lebenswandel, den Hülle in Erfurt geführt hat, war ein derartiger, daß der Beschluß gerechtfertigt war, wonach er überhaupt auf fernere Zeit kein öffentliches Parteiamt bekleiden kann. Ihm hat mich Hülle auch zugleich beauftragt, falls die Kontrolleure seinem Wunsche nicht Rechnung tragen, seine Beschwerde dem Bureau des Parteitages zu überweisen.

Die zweite Beschwerde vom Genossen Scholz in Dresden richtet sich in erster Linie gegen die Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ und in zweiter

linie gegen den Partei-Vorstand. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat sich geweigert, die Begründung eines Antrages zum Parteitag abzudrucken, und dasselbe that die Redaktion des „Vorwärts“. Wir haben es für eine Ueberschreitung unserer Kompetenz gehalten, wenn wir uns in die Einzelheiten der Redaktionen einlassen würden, und haben es abgelehnt, uns damit zu befassen.

Ich beantrage Namens der Kontrolleure Decharge für die Geschäftsführung des Partei-Vorstandes. (Beifall.)

Auf Vorschlag von Singer wird jetzt über die einzelnen Theile des Berichtes debattirt. Ueber die dazu gestellten Anträge soll die Diskussion erst später eröffnet werden.

Zu Punkt „Allgemeines und Agitation“ meldet sich Niemand zum Worte. Bei Punkt „Reichstagswahlen“ bringt Krüger-Halle eine Beschwerde aus dem Wittenberger Kreise zur Sprache. Bei der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Mitglied der Freisinnigen Vereinigung habe der Kandidat des Kreises, Genosse Rohrlad, Wahlenthaltung vorgeschlagen. Nuer hingegen habe die Parole ausgegeben, gegen den Konservativen zu stimmen. Das sei ein Verstoß gegen den Beschluß des Hamburger Parteitages. Der Parteitag brauche ja nicht, wie es in einer Zuschrift des Genossen Rohrlad gewünscht wird, Nuer seine Mißbilligung auszusprechen, aber er müsse in der einen oder anderen Weise dazu Stellung nehmen.

Scheidemann: Gesehen wendet sich gegen einen vor Kurzem in den „Sozialistischen Monatsheften“ erschienenen Artikel über die letzten Reichstagswahlen. „Das krampfhafteste Bestreben“, so heißt es in diesem Artikel unter Anderem, „sich den Wünschen und Anforderungen der Wähler anzupassen, die Rücksichtnahme auf alle möglichen Wählergruppen, auf den Bauern, den kleinen Geschäftsmann, den Handwerker, ist der Grund, daß wir bei den Wahlen verhältnismäßig schlecht abgeschnitten haben, wir hätten mehr die sozialdemokratischen Endziele betonen müssen“. Ich möchte dem Schreiber dieser Zeilen, Genossen Schröder, doch den Rath geben, uns die Propagierung unserer Endziele nicht dadurch zu erschweren, daß Aeußerungen gethan werden, die zum Mindesten sehr mißverständlich sind und die wir in den Versammlungen immer erst zurückweisen und richtigstellen müssen. (Sehr wahr.) Ich meine, wir sind nicht eine industrielle Proletariatspartei allein, sondern wir sind mehr, wir sind eine Vertretung der gesammten nothleidenden Menschheit, die unter den schlimmen Folgen des Kapitalismus leidet. (Beifall.) Wer auf dem Lande zu thun hat, wer mit den kleinen Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten zu thun hat, der wird zugeben, daß wir in zahlreichen Versammlungen garnicht dazu kommen, unsere letzten Endziele klarzulegen, weil wir stundenlang uns mit unseren Gegnern herumbalgen müssen, um derartige Aeußerungen zurückzuweisen. (Sehr wahr.) Erleichtern Sie uns also die Agitation auf dem Lande dadurch, daß Sie mit Ihren Aeußerungen recht vorsichtig sind, vor Allem richte ich diese Bitte an die, welche nur mit dem industriellen Proletariat zu thun haben.

Seymann-Göttingen ist der Ansicht, daß wir bei unserer Agitation nicht nur das industrielle Proletariat zu berücksichtigen, sondern daß wir uns auch mit den Fragen des agrarischen Produktionsprozesses zu beschäftigen haben; er könne auf Grund der Erfahrungen in seinem Reichstags-Wahlkreise nur den Wunsch nach einem agrarischen Aktionsprogramm äußern. Bei den Nachwahlen dürfe die Propaganda auch dann nicht vernachlässigt werden, wenn keine Aussicht vorhanden sei, den Kandidaten durchzubringen. Ebenso wie wir bei den Landtagswahlen gegen das ostelbische Junkertum ankämpfen, müssen wir auch bei den Reichstags-Neuwahlen diesen Kampf energischer aufnehmen, dann wäre es uns vielleicht möglich gewesen, z. B. bei der Nachwahl in Pommern, den Agrariern den Sitz noch zu entreißen. In Oldenburg-Möln sei man nur durch mangelhafte Agitation um die Stichwahl gekommen.

Brühns-Breslau: Die Waldenburger Genossen hatten den Partei-Vorstand um Nueber im Wahlkampf ersucht, der Partei-Vorstand vertröstete sie auf die Stichwahlen. Am letzten, dem wichtigsten Sonntage, veranstalteten sie eine Reihe von Versammlungen; es wurden ihnen als Nueber Küßn, Tugauer und Baake zugesagt. Es kam aber Niemand und dem ist vielleicht zum Theil der Mißerfolg bei der Stichwahl zuzuschreiben.

Stadthagen: Genoss hat Nuer Recht, daß keine Partei sich mit uns in der Zunahme der Stimmenzahl vergleichen kann. Aber für uns als Kampfpartei kommt es auf das Verhältnis zu der Zahl der Wahlberechtigten an. Wenn wir eine Kampfpartei sein wollen, die die Welt erobern will, so haben wir die Frage zu stellen: wie weit sind die sozialdemokratischen Gedanken propagirt? Und da wirken die nackten Zahlen weit angenehmer als die schönen Wünsche und Aeußerungen. Wir haben ständig zugenommen von 4 pCt. der Wahlberechtigten im Jahre 1874, außer in den beiden Ausnahmejahren 1878 und 1881, aber diesmal bei Weitem nicht in dem Maße, wie man es hätte erwarten müssen, wenn der sozialdemokratische Gedanke einigermassen ähnlich fortgeschritten wäre wie früher. Im Jahre 1887 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten 7,9 pCt., 1890 kam der große Aufschwung auf 13,91 pCt., dann 1893 auf 16,81 und jetzt ist nur eine Steigerung auf 18,40 erfolgt, d. h. nur um 1,59 pCt. in 5 Jahren, während sie in der vorletzten Legislaturperiode noch 2,3 und von 1887 auf 1890 sogar 6,9 pCt. betrug. Diesen unbestreitbaren Thatsachen gegenüber ist es nicht richtig, lediglich die Siegesfreude hervorzuheben, zu der wir berechtigt sind, wenn wir das Arbeiten der Gegner ansehen. Wir sollten fragen: liegt es nicht vielleicht doch an besonderen Verhältnissen, daß wir nicht in dem Maße zugenommen haben, wie wir es hätten erwarten können? Ich meine, solche Gründe sind vorhanden. Die Agitation während der Wahlthätigkeit ist doch nur der letzte Schluß, die Hauptsache ist doch die fortwährende Agitation und Organisation, und diese wird außerordentlich erschwert durch die zunehmende Wanderung aus dem Osten. Dann aber meine ich, daß Diejenigen, die fortwährend darauf hinielen, das Endziel zurückzustellen, wesentlich dazu beigetragen haben, die Thatkraft und Kampffreudigkeit zu lähmen. Dresden hat durch die, in der Form ja manchmal fehlhame Agitation der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ einen glänzenden Erfolg erzielt, weil sie festgehalten hat an dem Endziel.

Aber nicht nur in der Presse, auch in der mündlichen Agitation ist man vielfach hinter dem Ziele zurückgeblieben, Sozialdemokraten zu erzielen. Der, ich will ja zugeben, unberuhte Versuch des Abdrängens von der ständigen Betonung des Endzieles hat hauptsächlich den Mißerfolg verschuldet, und dann auch Diejenigen, die darauf losdrängen, sich nicht mehr an die Indifferenten zu wenden. Wir sollten uns die erste Mahnung zukommen lassen, daß wir, was Agitation und Organisation anlangt, insbesondere aber Agitation, zurückkehren zu der alten, der Sozialdemokratie allein würdigen Methode, das Endziel in den Vordergrund zu stellen und die Indifferenten aufzurütteln und nicht einem scheinbaren Gelehrtenthum nachzugehen, von Leuten, die meinen, erzielen zu können, während ich der Ansicht bin, die meisten von ihnen sollten erst noch lernen.

Baer-Krefeld: Bei der letzten Wahl wurde den rheinischen Parteiorten vorgeworfen, daß sie eine unrühmliche Ausnahme bilden. Man darf aber doch nicht das Rind mit dem Bade ausschütten und an dem endlichen Sieg des Sozialismus im Rheinlande, in der sogenannten schwarzen Erde, zweifeln. So schlimm steht es im Rheinland nicht; besonders in Krefeld haben sich die Verhältnisse zu unseren Gunsten wesentlich geändert. Noch 1881 kamen auf jeden Sozialdemokraten 26 Zentrumsähler, 1893 nur noch zwei, und bei den Wahlen zum Gewerbegericht haben wir bereits Erfolge aufzuweisen.